



B-Promis ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Provinziell denken, lokal handeln

„Global denken, lokal handeln“ lautet der Grundsatz jener, die der Welt Gutes tun wollen. Nun, man kann's auch übertreiben, vor allem dann, wenn sich das lokale Handeln auf provinzielle Wortspenden beschränkt und von globaler Denke keine

**GLOSSE**  
Andreas Koller

Rede sein kann. Wie etwa in der Diskussion, die am Wochenende um die Tatsache entstanden ist, dass im Oktober um 46 Prozent weniger Menschen in Österreich um Asyl angesucht haben als im Vorjahr. Diverse ÖVP-Sprecher führten

dies auf die rastlose Tätigkeit Innenminister Gerhard Karner („genau der richtige Mann für dieses Amt“) zurück, während die FPÖ säuerlich anmerkte, dass es sich immer noch um die dritthöchste Zahl an Asylanträgen seit 1958 handle. Und die SPÖ wies darauf hin, dass Österreich bei den Asylanträgen an der Spitze in Kontinentaleuropa liege. Nur ja nicht über den Tellerrand blicken! Die Zahl der hier gestellten Asylanträge ist für das ungelöste globale Migrationsproblem ungefähr so relevant wie die Tagestemperatur in Bruck an der Mur für das ungelöste globale Klimaproblem. Aber diese Tatsache hat in den üblichen Polemiken halt keinen Platz.

# Promi-Schaulaufen im U-Ausschuss

Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer dürfte nicht der einzige prominente (Ex-)Politiker sein, der sich einem der beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse stellen muss.

WIEN. Die bevorstehenden beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse dürften zu einem Schaulaufen der gegenwärtigen und ehemaligen Polit-Promis werden. Die ÖVP kündigte am Wochenende an, jedenfalls den einstigen SPÖ-Chef und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in den von ihr initiierten U-Ausschuss über „rotblauen Machtmissbrauch“ zu laden. Ebenso den aktuellen FPÖ-Chef Herbert Kickl.

Mit der Vorladung roter und blauer Prominenz reagiert die ÖVP auf den Umstand, dass auch SPÖ und FPÖ einen U-Ausschuss eingesetzt haben. Und zwar einen, der sich in erster Linie gegen die ÖVP richtet. Denn laut SPÖ-FPÖ-Antrag geht es in ihrem Ausschuss aus-

drücklich darum, eine „Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder“ im Zuge der Auszahlung der Coronahilfen durch die Cofag festzustellen.

SPÖ-Mandatar Jan Krainer, der voraussichtlich seine Fraktion in dem U-Ausschuss anführen wird, wollte sich am Sonntag auf SN-Anfrage noch nicht darauf festlegen, welche Auskunftspersonen er in diesen Ausschuss laden will: „Für eine solche Liste ist es viel zu früh“, sagt er. Man kann sich die Zeugenliste aber ausrechnen. SPÖ und FPÖ werden auf jeden Fall den seinerzeitigen Kanzler Sebastian Kurz in den Ausschuss bitten; ebenso den damaligen Finanzminister Gernot Blümel. Und möglicherweise auch



Verdiente gutes Geld im Reich René Benkos: Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer.

BILD: SN/APA/ROLAND SCHLAGER

gegenwärtige Regierungsmitglieder von Bundeskanzler Karl Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler abwärts. Und das mitten im Wahlkampf für die Nationalratswahl, die voraussichtlich im Herbst 2024 stattfinden wird.

Dass der von der ÖVP verlangte Auftritt ihres ehemaligen Parteivorsitzenden Gusenbauer im U-Ausschuss peinlich für die SPÖ werden könnte, glaubt Krainer eigenen Worten zufolge nicht. Doch immerhin ist Gusenbauer mehrfacher und ausnehmend gut dotierter Aufsicht- und Beirat im zerfallenden Signa-Reich René Benkos, was den stehenden Vorwurf der SPÖ, Benko sei nichts weiter als ein ÖVP-Protegé, einigermaßen relativiert. Krainer wehrt ab: „Peinlich wird der

Ausschuss ausschließlich für die ÖVP“, sagt er.

Die Neos kritisierten am Wochenende die ÖVP, weil diese den Auftrag des Cofag-Ausschusses ausdehnen wolle. Und zwar sollen nicht nur Zahlungen an ÖVP-Sympathisanten durchleuchtet werden, sondern auch die Unterstützungen für alle 240.000 Unternehmen, die von Cofag-Hilfen profitierten. Damit werde die heimische Wirtschaft „in den von ÖVP, SPÖ und FPÖ ausgerufenen Dauerwahlkampf gezogen“, kritisierte Neos-Generalsekretär Douglas Hoyos. Die Ausweitung des Untersuchungsauftrags hätte auch zur Folge, dass der Ausschuss in Akten erstickt und zu keinem Ergebnis kommt. Was wohl im Interesse der ÖVP liegt. **a.k.**

## EINGEKOCHT

Manfred Koch



## Kitsch hat wieder Hochsaison

*Wir leben in äußerst geschmacklosen Zeiten, Denn alles, was kitschig ist, das ist beliebt. Ich meine nicht Weihnachtsgeschmacklosigkeiten, Weil über die ließe sich noch trefflich streiten – Ich mein' den politischen Kitsch, den es gibt.*

*Politischen Kitsch kann man so definieren: Da gibt etwas vor, es sei ganz grandios, Um aller Welt unglaublich zu imponieren Und mit großen Wahrheiten aufzumarschieren – In Wirklichkeit ist es total inhaltslos.*

*Politischer Kitsch, ganz wurscht, in welchem Lager, Ist grundsätzlich immer höchst simpel gestrickt: Ein schlichter Gedanke, ein einfacher Sager, So substanzvoll wie ein Mitschunkel-Schlager – Denn wichtig ist nur, dass er Massen entzückt.*

*Politische Kitsch-Entertainer bedienen Die Sehnsucht nach Vorgartenzwergel-Idyll: Da ist immerzu alles sonnenbeschiene, Und für Honigkuchen sorgt das Volk der Bienen, Die arbeiten gratis mit fröhlichen Mienen, Und jeder pickt sich aus den Kuchen Rosinen ... Und woll'n Wespen in unsern Garten, den cleanen, Dann schützen uns Stacheldrahtzäune vor ihnen – Wen wundert es, dass man den Schmus glauben will Im Angesicht unserer Welt auf dem Müll ...*

## „Unechte“ Pensionsmilliarden

Seniorenvertreter relativieren die offizielle Pensionsrechnung.

WIEN. Die Staatsausgaben für die Pensionen werden in den kommenden fünf Jahren kräftig steigen. Und zwar von 28,3 Milliarden Euro heuer auf 39,3 Mrd. im Jahr 2028. Diese Zahlen legte die Pensionsversicherungskommission am Freitag vor. Die SN berichteten.

Doch Ingrid Korosec, Chefin des ÖVP-Seniorenbundes und turnusmäßige Präsidentin des überparteilichen Seniorenrats, will die Zahlen so nicht stehen lassen. Sie verlangt „Kostenwahrheit für eine faire und faktenbasierte Pensionsdiskussion“. Denn: In Wahrheit schieße der Staat um 23 Prozent weniger echte Pensionsleistungen zu, „als allgemein behauptet wird“, stellt die Seniorencefin fest. Es würden Sozialleistungen etwa zur Armutsbekämpfung und andere Leistungen des Staates in die Pensionskosten eingerechnet, „obwohl sie korrekterweise anderen Bereichen zuzuordnen wären“, sagt Korosec.

Tatsächlich macht etwa die Ausgleichszulage zur Armutsbekämpfung jährlich 1,171 Milliarden aus; die Kosten für die Kindererziehung 411 Millionen; das Wochen-, Kran-

ken-, Wiedereingliederungs- und Reha-geld 634 Millionen; und die Beitragsunterstützung für Selbstständige 749 Millionen. All das wird in die Pensionskosten einberechnet, wobei sich die genannten Zahlen nur auf den gesetzlichen Pensionsbereich beziehen. Bei den Beamtens-

pensionen machen die genannten Posten weitere Beträge im drei- bis vierstelligen Millionenbereich aus. Insgesamt betragen diese unechten Pensionskosten 6,6 Milliarden Euro. Nach Korosecs Rechnung macht daher der Staatszuschuss für die Pensionsleistungen heuer nicht, wie offiziell angegeben, 28,3 Milliarden aus, sondern 21,7 Mrd., sagt die Seniorencefin.

Auch Korosecs Pendant aufseiten der SPÖ, Pensionistenverbands-Präsident Peter Kostelka, meldet sich relativierend zu Wort. Er gibt zu bedenken, dass man die Pensionsaufwendungen auch unter dem Gesichtspunkt sehen müsse, „dass die Pensionen die finanziellen Lebensgrundlagen eines Viertels der Bevölkerung darstellen“. Außerdem sei die Messgröße „das Verhältnis der Pensionskosten zur Wirtschaftsleistung im Land – und die bleibt stabil“, sagt der SPÖ-Senior. **a.k.**



„Wollen Kostenwahrheit“: Ingrid Korosec.

BILD: SN/APA/HOCHMUTH



„Verhältnis bleibt stabil“: Peter Kostelka.

BILD: SN/APA/HOCHMUTH

## KURZ GEMELDET

### Größtes Gericht seit einem Jahr führungslos

WIEN. Am 1. Dezember ist die Leitung des größten Gerichts Österreichs seit einem Jahr unbesetzt. Damals ging der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Harald Perl, in Pension – seither konnte sich die Regierung auf keine Nachfolge einigen. Die vier Präsidenten der Oberlandesgerichte orteten in der offenen Nachbesetzung im Sommer einen „groben Missstand in unserer Republik“, auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen äußerte Kritik. **SN, APA**

### Zugang zu Pflegeberufen wird erweitert

WIEN. Der Arbeitsmarktzugang in Sozial- und Pflegeberufen soll erweitert werden. Laut einem am Freitag eingebrachten Initiativvertrag der Regierungsparteien sollen künftig auch Schülerinnen und Schüler aus Drittstaaten, die eine Schule für Sozialbetreuungsberufe besuchen, eine Aufenthaltsbewilligung und Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Bisher wurde dies nur Schülerinnen und Schülern von Pflegeberufsschulen gewährt. **SN, APA**